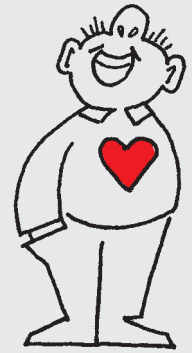


MALXE BLATT



mit Herz und Schnauze

4/2015 (August)

DIE LINKE. -Zeitung für Forst und Umgebung



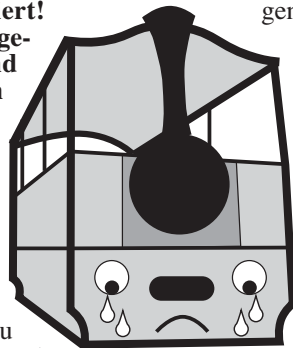
Alles gut ... oder?

750 Jahre Forst und die Bürger von Forst und ihre Gäste haben gefeiert!

Ein gelungenes Festwochenende und vielen herzlichen Dank an alle Akteure, die zum Gelingen dieses Festes beigetragen haben.

Für die nicht gerade mit Festen verwöhnten Forster war es schon etwas Besonderes, innerhalb von zwei Wochen zwei Großereignisse finanziell verkraften zu müssen. Die Forster Einzelhändler spürten es gleich doppelt in ihren Ladenkassen. Zum einen weil sie zu den Festtagen räumlich ausgegrenzt waren und zum anderen fehlte nach den Feierlichkeiten vielen das Geld für mehr

als Lebensmittel. Ähnlich ging es auch dem Zirkus, der am Festwochenende vor fast leeren Rängen seine Darbietungen zeigte.



Und noch eine war ganz traurig an diesem Wochenende. Eine, die über 70 Jahre Forst in den besten und in den schwersten Jahren treu begleitete, die fast 50 Jahre im fernen Dresden ihr Dasein fristete. Eine blieb, wie früher die Diebe und Trunkenbolde, im Spritzenhaus eingesperrt und durfte nicht mitfeiern, unsere **Schwarze Ju-**

le. Ein Umstand, der so manchen weit angereisten Besucher mehr als nur verwunderte.

Glossiert von
Heinz-Peter Bischoff,
Einzelhändler und Stadtbahnfan

Achtung vormerken:

Am Montag, dem 19. Oktober 2015, findet um 18.30 Uhr in der Gaststätte »Hundehütte«, unsere **Gesamtmitgliederversammlung** zur Wahl des neuen Ortsvorstandes statt. Alle Mitglieder sind herzlich eingeladen.

* * *

Am Sonnabend, dem 28. November 2015, erfolgt auf dem Kreisparteitag im Stadthaus Cottbus die **Neuwahl des Kreisvorstandes.**

Dort wird u. a. über einen Satzungsentwurf entschieden. Dieser liegt in der Geschäftsstelle aus und ist auch unter www.dielinke-lausitz.de/satzung abrufbar. Änderungsvorschläge und Zuarbeiten sind unter www.dielinke-lausitz.de bis 30. September erwünscht.

Wieder einmal herrscht in Deutschland eine Atmosphäre, die mich sprachlos macht und die dazu führt, dass ich mich ehrlich gesagt schäme, Deutscher zu sein. Fremdenfeindlichkeit greift immer mehr um sich und äußert sich in Gewalttaten, die mir Angst machen. Besonders absurd empfinde ich es, dass sich sogar Menschen an Brandstiftungen, Zerstörungen von Unterkünften und direkten Angriffen auf Asylbewerber beteiligen, die es eigentlich besser wissen müssten. Ich meine jene, die selbst vor vielen Jahren Flüchtlinge waren. Haben sie tatsächlich vergessen, wie es war, als sie vor Krieg, Gewalt, Zerstörung und Elend geflohen

Nicht stolz, eine Deutscher zu sein

sind? Wollten sie nicht auch einfach nur wieder ein Zuhause und ein besseres Leben für ihre Familien? Müssten sie nicht ein Mindestmaß an Verständnis und Mitgefühl haben? Besonders mit den Menschen, die genau aus den Gründen ihre Heimat verlassen? Haben sie ihren Kindern und Enkeln nicht mehr mitzugeben als Hass und Intoleranz?

Vollkommen unverständlich finde ich es, dass ein großer Teil unserer führenden Politiker, und auch die der meisten europäischen Länder, vorrangig darüber nachdenken bzw. debattieren, wie verhindert werden kann, dass Flüchtlinge den europäischen Kontinent betreten, wie verhindert werden kann, dass sie ins eigene Land kommen, wie sie am schnellsten wieder abgeschoben werden können u.Ä. Das lässt natürlich für sehr viele Bürger, die nicht bereit sind, sich eigene Gedanken zu machen, durchaus den Schluss zu, dass diese Fremden hier nichts zu suchen

haben. Vor allem das Gerede über die enormen Kosten, die sie verursachen, führt zu extremem Sozialneid. Dabei ist es ein offensichtlicher Trugschluss, dass das Geld, was eingespart werden könnte, wenn wir das »Problem« nicht hätten, postwendend und direkt der eigenen Bevölkerung zugutekommen würde.

Warum werden nicht endlich Kraft, politischer Einfluss und materielle Ressourcen darauf verwendet, auf die Bedingungen der Flüchtlinge in den Herkunftsländern Einfluss zu nehmen? Natürlich müsste man dann vermutlich ernsthaft und konsequent auch die wirklichen Verursacher zahlreicher Krisen dieser Welt, das internationale Finanzkapital, zur Kasse bitten. Und man müsste sich über viele Dinge einigen, zum Beispiel über die Beseitigung von Hunger und Armut, über die Sicherung sozialer Grundrechte wie Bildung, Wohnen und Arbeit überall in der Welt. ➤ S. 2

Spruch des Monats

»Die Suche nach Sündenböcken ist von allen Jagdarten die einfachste.«

Dwight D. Eisenhower

Nicht stolz, ein ...

(Fortsetzung von Seite 1)

Aber wer will das schon wirklich, solange es als normal gilt, dass Reiche immer Reicher und Arme immer Ärmer werden? Oft werden Monate damit verthan, um darüber zu streiten, welches Gehalt für die Bundeswehr besser geeignet ist, wie viel Abfindungen einem ausgeschiedenen Minister zustehen, aus

welchem Topf die Reparatur kaputter Straßen bezahlt werden soll usw. Sicher auch alles wichtig, aber ein regelmäßiger Blick über den Tellerrand könnte eine Menge Probleme verhindern, bevor sie entstehen.

Übrigens finde ich den Umgang mit Griechenland ebenfalls zum K...! Mehr Herablassung, Demütigung und Nötigung, als diesem Land in der letzten Zeit hauptsächlich von unserer Regierung

entgegengebracht wird, kann man sich kaum vorstellen. Wäre ich ein gläubiger Christ, würde ich beten, dass Deutschland nie in die Situation kommt, auf die Hilfe anderer europäischer Länder angewiesen zu sein. Aber ich bin ziemlich sicher, dass selbst in diesem Fall andere Völker mehr Anstand, Moral und Größe aufbringen würden, als die Griechen es zurzeit von deutschen Politikern erfahren.

Redaktion



Die Kindertagesbetreuung gehört in Deutschland zur Kinder- und Jugendhilfe. Diese Betreuungsleistungen haben zwei Aufgaben zu erfüllen, nämlich die

Entwicklung und Bildung der Kinder zu fördern und die Erwerbstätigkeit der Eltern zu ermöglichen.

Seit 1996 haben Kinder ab drei Jahren bis zum Schuleintritt einen Rechtsanspruch auf den Besuch einer Tageseinrichtung. Seit dem Jahr 2013 besteht ein Rechtsanspruch auch für Kinder ab dem vollendeten ersten Lebensjahr.

Der Bundestag hat mit dem Beschluss zum »Investitionsprogramm Kinderbetreuungsfinanzierung« die Höhe der Zuschüsse für die Länder geregelt.

Danach erhalten die Länder ihren Zuschuss vom Bund über die Umsatzsteuerverteilung. Dieser Zuschuss des Bundes ist nur ein Bruchteil dessen, was das Land an die Landkreise und kreisfreien Städte weiterreicht.

In Brandenburg werden mit der beschlossenen Änderung des Betreuungsschlüssels im Juli dieses Jahres ca. 228 Mio. Euro an die Landkreise und kreisfreien Städte ausgereicht. Dieser Landeszuschuss wird sich bis 2019 auf ca. 330 Mio. Euro erhöhen. 2009 lag er noch bei ca. 149 Mio. Euro.

Folgende Änderungen im Betreuungsschlüssel wurden beschlossen:

- Für die 0- bis 3-jährigen Kinder ab 01.08.2015 Verbesserung Personalschlüssel von 1:6 auf 1:5,5 (Mehrbedarf Haushalt 2015: knapp 10 Mio. Euro) und ab 01.08.2016 von 1:5,5 auf 1:5 (Mehrbedarf Haushalt 2016: ca. 30 bis 35 Mio. Euro)
- Für die 3- bis 6-jährigen Kinder ab 01.08.2017 von 1:12 auf 1:11,5 (Mehrbedarf Haushalt 2017: knapp 60 Mio. Euro) und ab 01.08.2018 von 1:11,5 auf 1:11 (Mehrbedarf Haushalt 2018: etwa 70 Mio. Euro)

Den Löwenanteil bei der KITA-Finanzierung tragen aber noch immer die Kommunen. Die Eltern tragen etwa 20 Prozent der Kosten.

Kinder sind Zukunft!

Inzwischen haben sich überall im Land Elterninitiativen für eine elternbeitragsfreie KITA gegründet. Diese Bürgerinitiative vertritt folgende Forderungen und Ziele (ohne Anspruch auf Vollständigkeit):

- **Das Recht auf Mitbestimmung**
z.B. die Einrichtung eines Landeselternkitasprechers
- **Kontrolle der Träger**
Die Träger, insbesondere die Kommunen, werden bei der Umsetzung des KitaG im Land Brandenburg nicht ausreichend kontrolliert. Daher müssen Kontrollen ohne Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung geschaffen werden.
- **Transparenz**
Bei der Berechnung der Kita-Gebühren und anderer Kosten, die die Eltern für die Kinder zu tragen haben, müssen die Eltern die Höhe dieser Gebühren nachvollziehen können.
- **Soziale Gerechtigkeit und Gleichbehandlung**
Die Elternbeiträge sollen sozialverträglich sein. In fast 70 Prozent aller

bekanntem Satzungen werden die unteren und mittleren Einkommen immer stärker zur Kasse gebeten als es die oberen Einkommen trifft.

➤ Beitragsfreiheit

So soll es zunächst ermöglicht werden, dass Familien für ein zweites Kind entlastet werden und daher ab dem 2. Kind die Gebühren abgeschafft werden. Schrittweise wird der vollständige Abbau aller Kita-Gebühren gefordert.

Es wurden schon ca. 14.000 Unterschriften gesammelt.

Die Forderungen der Bürgerinitiative sind berechtigt, wenn sie sich auch nicht gleich und in vollem Umfang umsetzen lassen. Das betrifft vor allem die Forderung nach Beitragsfreiheit. Diese kann nur schrittweise und im Einklang mit der verbesserten qualitativen Betreuung der Kinder umgesetzt werden.

Deshalb wird DIE LINKE prüfen, inwiefern ein Einstieg in eine elternbeitragsfreie KITA finanzierbar ist.

Mit der Verabschiedung des KITA Gesetzes ist auch eine für DIE LINKE besonders wichtige Option endlich gesetzlich verankert worden: Sie entspricht auch der Forderung der Bürgerinitiative nach mehr Mitbestimmung. Es können sich jetzt sowohl auf Landesebene KITA-Elternbeiräte gründen und somit an allen Gesetzen und Verordnungen im KITA-Bereich beteiligt werden.

Die Beteiligung von Eltern gehört aus Sicht der LINKEN zu einer wichtigen demokratischen Mitwirkungsmöglichkeit. Sie ist auch die Voraussetzung für weitere Debatten zum Umgang mit den Elternbeiträgen.

Insofern wäre die Bildung eines solchen Elternbeirates im Spree-Neiße-Kreis eine Möglichkeit, vor Ort die Beteiligung der Eltern zu sichern.

Insofern wäre die Bildung eines solchen Elternbeirates im Spree-Neiße-Kreis eine Möglichkeit, vor Ort die Beteiligung der Eltern zu sichern.

Anke Schwarzenberg
Mitglied des Landtages



Bahnhofssanierungskonzept

Im Landtag wurde ein wichtiges Thema aufgegriffen: Die Bahnhöfe und deren Zukunft.

Diese Thematik wird schon augenscheinlich, wenn man durchs Land fährt und einfach nur sieht, welche Bahnhöfe samt Bahnhofsgebäude einem begegnen. Da haben wir sehr schöne Beispiele. Nehmen wir nur den Ankunftsort der BUGA-Stadt Brandenburg an der Havel. Da hat die Stadt mit großer Unterstützung des Landes ein wunderbares Eingangstor für den SPNV geschaffen, und viele Besucher, die wegen der schönen Gärten in die Stadt kommen, freut das. Auch Wiesenburg hat eine sehr gute Nutzung für sein Bahnhofsgebäude gefunden.

Doch viele Bahnhöfe sind nicht nur unansehnlich, ihre Funktionalität ist nicht gegeben, von behindertengerechten Zugängen ganz zu schweigen oder gar von Toiletten. Es ist klar, es muss etwas passieren!

Ich bin immer wieder entsetzt, wenn die Deutsche Bahn große Pakete von Bahnhofsgebäuden und den dazugehörigen Grundstücken zum Verkauf ausschreibt. Dabei stellt sie sich die Frage, wäre nicht die DB AG die Eignerin dieser

Liegenschaften, die in den letzten 20 Jahren ihr Eigentum in diesen bedauerlichen Zustand versetzt hat, auch jene, die hier für Sanierung und Funktionalität der Bahnhöfe sorgen müsste. Für viele Gebäude, die mitunter auch einen Denkmalschutzstatus haben, ist das ein Trauerspiel. Der rasante Niedergang seit der Bahnreform kann nicht so weiter gehen! Ohne konzeptionelle Vorstellungen kommen wir nicht weiter.

Wir wollen im Infrastrukturausschuss um Lösungen ringen. Das Land kann Koordinator und zumindest Interessenvertreter sein. Diese Richtung ist unbedingt weiter zu verfolgen.

Durch viele ehrenamtlich Tätige, gemeint ist hier die Vereinigung BB 21, die mit ihrer Wiesenburger Erklärung den Versuch unternommen hat, dieses Thema komplex anzugehen, wurden genügend Anlässe gegeben zu handeln. Sie hat ebenso eine breite und umfängliche Analytik zur Verfügung gestellt, auf der wir aufbauen können, und die helfen kann, auf Landesebene und Bundesebene mit der DB AG ins Geschäft zu kommen.

Anita Tack

Mitglied des Landtages Brandenburg

Schäubles Forderungen

ändern nichts an Konkursverschleppung

»Im Verhandlungspoker mit Griechenland gibt Finanzminister Schäuble wieder einmal den 'Bad Cop'. Doch selbst Schäuble dürfte wissen: Auch noch mehr Massentlassungen, Sozialkürzungen und der komplette Ausverkauf des öffentlichen Eigentums machen die Schulden des überschuldeten griechischen Staates nicht tragfähig. Dafür müsste die Konkursverschleppung endlich beendet und ein kräftiger Schuldenschnitt durchgeführt werden, statt dem bankrotten Land noch einmal 86 Milliarden Euro Kredite, verbunden mit einem erneuten Kaputtsparkurs, anzudienen«, kommentiert Sahra Wagenknecht die Kritik des deutschen Finanzministers am geplanten Griechenland-Paket. Die Erste Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE weiter:

»Nun droht die Neuauflage eines absurden Theaterstücks: Die Bundesregierung will die Rolle des Austeritätswäch-

ters der Eurozone gern an den Internationalen Währungsfonds (IWF) abgeben und besteht auf dessen Beteiligung am neuen Griechenland-Programm. Der IWF will sich aber nur beteiligen, wenn Griechenlands Schulden durch einen Schuldenschnitt tragfähiger geworden sind. Das wiederum will die Bundesregierung um jeden Preis vermeiden, um nicht zugeben zu müssen, dass es verantwortungslos war, mit deutschem und europäischem Steuergeld die Haftung für die Schulden eines überschuldeten Landes zu übernehmen. Am Ende dieses Trauerspiels werden die Kürzungsdiktate womöglich noch weiter verschärft, was der griechischen Bevölkerung noch mehr Elend bringen und die Schuldenlast noch drückender machen würde. Die Rechnung für diese irrationale und grausame Politik wird irgendwann allerdings auch den europäischen Steuerzahlern präsentiert, die dann auf zig Milliarden Euro an unbezahlbaren Forderungen sitzenbleiben werden.«

13.08.2015

Dringend stärkeres Engagement am Arbeitsmarkt notwendig

»Die Anzahl der Langzeiterwerbslosen liegt noch immer bei über einer Million. Seitens der Bundesregierung gibt es keine echten Bemühungen, die Chancen für diese Menschen zu verbessern. Alle Initiativen zum Abbau der Langzeiterwerbslosigkeit greifen zu kurz, da nur ein Bruchteil der Betroffenen erreicht wird. Besonders Ältere, Menschen mit Behinderungen und Migranten haben einen enorm schweren Stand am Arbeitsmarkt. Von der vermeintlich guten Arbeitsmarktlage kommt bei ihnen nur wenig an. Die Bundesregierung muss deutlich mehr Mittel zur Förderung von Erwerbslosen zur Verfügung stellen, insbesondere für Weiterbildung. Auch ein Rechtsanspruch ist hier längst überfällig. Zudem fordern wir die Schaffung eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors«, erklärt Sabine Zimmermann, stellvertretende Vorsitzende und arbeitsmarktpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE, zum aktuellen Arbeitsmarktbericht der Bundesagentur für Arbeit. Zimmermann weiter:

»Auch dieser Arbeitsmarktbericht zeigt, dass viel zu viele Menschen von ihrer Arbeit nicht leben können. Noch immer beziehen 1,1 Millionen abhängig Beschäftigte erlösende Hartz-IV-Leistungen, 2,45 Millionen gehen einem Zweitjob nach, das sind 1,6 Prozent mehr als im Vorjahr. Um mehr Menschen aus der Niedriglohnfalle zu helfen, muss der Mindestlohn schnellstmöglich auf zehn Euro die Stunde angehoben werden und ohne Ausnahmen gelten. Teilzeitbeschäftigung und Befristungen haben in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Der Mindestlohn alleine reicht deshalb nicht aus, um Arbeit wieder existenzsichernd zu machen und Perspektiven zu schaffen. Dazu bedarf es unter anderem auch der Überführung von Minijobs in sozialversicherungspflichtige Beschäftigung und der Abschaffung der sachgrundlosen Befristung. An der Entstehung von guter Arbeit muss sich die Bundesregierung messen lassen.«

30.07.2015

Soziale Rechtsberatung

am 25. September und 23. Oktober 2015, jeweils ab 12 Uhr
in der Geschäftsstelle der LINKEN, Berliner Straße 22, Forst.

Terminvereinbarung

telefonisch (78 52) oder persönlich jeweils Di. 9 – 11 und 14 – 17 Uhr sowie Do. 9 – 11 Uhr

Newsletter

Bundesregierung beschönigt rechtsextreme Gefahr

Im Auftrag der Landesregierung Brandenburg hat das Moses-Mendelssohn-Zentrum Tötungsdelikte daraufhin untersucht, ob sie rechtsextrem motiviert waren. Dazu erklärt Petra Pau, Mitglied im Vorstand der Fraktion DIE LINKE:

»Bislang hatte die Landesregierung für den Zeitraum 1990 bis 2013 neun rechtsextreme Tötungsdelikte eingeräumt. Laut Moses-Mendelssohn-Zentrum kommen mindestens neun weitere dazu.

Seit Jahren gibt es eine erhebliche Diskrepanz zwischen den Statistiken der Polizeien, die auch von der Bundesregierung übernommen werden, und Recherchen von Journalisten bzw. der Amadeu Antonio Stiftung. Ohne auf einzelne Zahlen einzugehen, lässt sich festhalten: Die Statistik der Bundesregierung stapelt tief und beschönigt die rechtsextreme Gefahr. Ein Befund, der bereits rund um den NSU-Komplex offenbar wurde.

Realistische Zahlen sind unabdingbar. Zwei Wege könnten zu ihnen führen. Erstens: Alle Landesregierungen und die Bundesregierung berufen, wie in Brandenburg geschehen, jeweils unabhängige Expertengremien. Zweitens: Die Zahlen der Amadeu Antonio Stiftung werden als Basis genommen und Fall für Fall begründet, warum aus Regierungssicht kein rechtsextremer Hintergrund vorlag.«

29.06.2015

Nach Abzug der Patriots alle Rüstungsexporte in die Türkei stoppen

»Die Bundesregierung muss nicht nur die Patriot-Raketen aus der Türkei abziehen, sondern auch die deutschen Rüstungsexporte in die Türkei sofort stoppen. Das ist die Konsequenz aus den jüngsten Enthüllungen des ARD-Magazins Monitor über die Unterstützung von islamistischen Terrorbanden durch die Türkei in Syrien«, erklärt Sevim Dagdelen, Sprecherin für Internationale Beziehungen der Fraktion DIE LINKE und Vizevorsitzende der deutsch-türkischen Parlamentariergruppe. Dagdelen weiter:

»Die Begründung der Bundesregierung für den Abzug der Bundeswehr aus der Türkei ist wenig glaubwürdig. Von Anfang an ging es nicht um einen angeblichen Schutz der Türkei vor syrischen Angriffen, sondern um eine Unterstützung des Erdogan-Regimes in der Region. Offenbar ist durch die jüngsten Enthüllungen über die türkische Unterstützung islamistischer Terrorbanden wie der Ahrar al-Sham in Syrien der öffentliche Druck zu groß geworden, die Unterstützung für Erdogans Krieg einzustellen. So begrüßenswert der Abzug der Bundeswehr jetzt ist, braucht es weitere Schritte durch die Bundesregierung, um Erdogan und dem AKP-Regime klarzumachen, dass die verheerende Waffenhilfe für Terrorgruppen, die selbst Kinder als Geiseln nehmen, weder symbolisch noch materiell unterstützt wird. Es braucht einen sofortigen Stopp der deutschen Waffenausfuhr in die Türkei. Die Gefahr ist groß, dass deutsche Waffen durch das Erdogan-Regime direkt an islamistische Terrorbanden weitergereicht werden.«

15.08.2015

PINNWAND

Termine

in der Geschäftsstelle, Berliner Straße 22

- Di., 15.09.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Di., 22.09.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Do., 01.10.: 18:30 Uhr **Fraktionssitzung SVV**
- Di., 20.10.: 18:30 Uhr **Ortsvorstandssitzung**
- Mo., 26.10.: 18:30 Uhr **AG Malxeblatt**

Starke Konkurrenz

Horst Seehofer hat die Politik der griechischen Regierung nach der Ankündigung des Referendums als »Zirkus« kritisiert, den es schleunigst zu beenden gelte. Offensichtlich ist da jemand ziemlich sauer, dass die Athener der CSU seit Wochen die Schau stehlen. **PF**

Geburtstag

- 27.08.: 87 Jahre Rolaf Schahn
- 29.08.: 86 Jahre Martin Noack
- 13.09.: 88 Jahre Helmut Mucha
- 14.09.: 75 Jahre Horst Meißner
- 14.09.: 63 Jahre Knut Brandtstätter
- 18.09.: 65 Jahre Gisela Berth
- 19.09.: 86 Jahre Elfriede Koch
- 04.10.: 96 Jahre Käthe Günther

Herzlichen Glückwunsch, unserer Jubilarin, auch all jenen, die hier nicht genannt sind!

Gestaltungsbereich

Gesundheitsminister Gröhe will dafür sorgen, dass man als Kassenpatient schneller Termine bei Fachärzten bekommt. Und zwar europaweit.

Ove Lieh

Der? Ein ganz kleines Licht – wird nicht mal von der NSA abgehört!!



Aus »Eulenspiegel« Nr. 8/15

Missverständnis

Der zurückgetretene Fifa-Präsident Sepp Blatter zeigte sich entsetzt über die Korruptionsvorwürfe gegen sich und führende Funktionäre des Verbandes: »Wenn wir gewusst hätten, dass die uns mit dem vielen Geld bestechen wollten, hätten wir es natürlich niemals angenommen.« **MK**

Impressum: Herausgeber: Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 Redaktion: »AG Malxe-Blatt« beim Ortsvorstand Forst DIE LINKE
 V. i. S. d. P.: Karsten Fedrich

Kontaktadresse: Berliner Straße 22, 03149 Forst
 Telefon (0 35 62) 78 52, Fax 65 07
 oder im Internet: www.dielinke-lausitz.de
 E-Mail: forst@dielinke-lausitz.de
 Lesermeinungen und Artikel auch unter E-Mail: malxeblatt@gmx.de

Die Finanzierung des »Malxe-Blattes« wird durch Spenden unterstützt. Bei Überweisungen:
 Sparkasse Spree-Neiße, Kto.-Nr. 3 305 102 780, BLZ 180 500 00, Verwendungszweck: »Malxe-Blatt«

Wenn Sie das »Malxe-Blatt« gelesen haben, geben Sie es bitte an Nachbarn oder Freunde weiter.